

aber sie bedeutet immerhin einen grundsätzlichen wesentlichen Schritt weiter dorthin.

Das Notgesetz gibt kein angeführtes Bild sämtlicher staatlichen Verhältnisse, die zu regeln sind, sondern nur einen Auszug, der alles irgendwie Auffnehmbare beiseite läßt. So sind die Fragen der Kompetenzverteilung zwischen Reich und Einzelstaaten ausgeschaltet. Was der Staatssekretär vorgestern über diese Dinge sagte, war im Hinblick auf die spätere, vollständige und endgültige Verfassung gemeint. Territoriale Fragen werden in dem jetzigen Entwurf noch nicht berührt. Was darüber bestimmt wird, bezieht sich auf die künftige Reichsverfassung, deren der einstige Verabschiedung durch die Nationalversammlung schon jetzt formell geregelt werden muß. Was jetzt vorliegt, hat bei der Mehrheit der Bundesregierungen grundsätzliche Zustimmung gefunden. Ebe der Beschluß der Versammlung endgültig wird, soll der Staatsauschuss noch einmal Stellung dazu nehmen können; wie freilich die Versammlung dann auf seinen etwaigen Einspruch reagieren würde, das wäre in diesem Falle lediglich ihre Sache. In der Stellung des Staatsauschusses und namentlich in seiner Verantwortlichkeit und Unabhängigkeit mit dem früheren Bundesrat ist der Kompromißcharakter des Entwurfs zu erkennen, von dem Dr. Preuß neulich sprach; namentlich die Beschränkung der Kompetenzen des Staatsauschusses und namentlich die Beschränkung der Souveränität der Nationalversammlung, die sie nach den Worten des Staatssekretärs selber vornehmen soll. Die Versammlung hat bei der Gestaltung der Verfassung selber unumschränkte Souveränität, und wenn sie später nach der Verfassung die Souveränität nicht unbeschränkt ausüben wird, so geschieht es nach ihrem eigenen Willen. In ihrer nicht verfassunggebenden Arbeit, d. h. in der anderweitigen Aufhebung bis zum Inkrafttreten der endgültigen Verfassung, ist die Nationalversammlung an die Zustimmung des Staatsauschusses gebunden; doch soll in kritischen Fällen über beiden die direkte Volksabstimmung stehen, als ein Referendum, etwas ähnlich dem in deutschen Verfassungsverhältnissen. Auch die Reichsregierung, die bei Einbringung von Vorlagen an die Zustimmung des Staatsauschusses gebunden sein soll, kann demnach gegen den Widerspruch dieses Ausschusses an die Nationalversammlung appellieren, ebenso wie das umgekehrt dem Staatsauschusse freisteht. Kurz: Vermögen sich Regierung und Staatsauschuss nicht zu einigen, so entscheidet die Nationalversammlung über die Wahl zwischen den beiderseits ihr vorgelegten Entwürfen; beruht sich dabei der Staatsauschuss nicht, so kann auf Veranlassung des Reichspräsidenten das Volk direkt entscheiden.

Der Entwurf wird von rechts und links in einzelnen Teilen angefochten werden. Den einen wird namentlich die Stellung des Staatsauschusses zu schwach, den anderen wird sie zu stark erscheinen. Aber der Staatssekretär hat durch die ganze Zeit, wie er namentlich das Problem des Zentralismus anfaßt, doch auch durch manche sonstige Bemerkung zweifellos Vorurteile ausgeräumt, die gegen seine Absichten bestanden. Herr Preuß ist kein einseitiger Initiator, er will dem Reiche geben, was des Reiches ist, aber nur das wirklich Notwendige, nicht einmal alles Wünschenswerte. Von einer Gegenmacht gegen einen Einzelstaat, überhaupt von negativen Bewegungen war nichts zu hören. Er hat ebenso Rücksicht genommen auf die verschiedenen Seiten der Sache wie auf die Wirkung seiner Zukunftsarbeit; er hat psychologische Verständnis betätigt nicht bloß für die Seele der verschiedenen Landesleute und ihrer Regierungen, sondern auch für die des Hauses. Er hat das Recht der besonderen Heimatliebe neben der allgemeinen Vaterlandsliebe und den Wert der landsmannschaftlichen Empfindungen neben dem Nationalgefühl gewürdigt. Niemand im Hause konnte sich herausfordern fühlen. Das wird hauptsächlich den Ton der heutigen Aussprache mit bestimmen. Wahrscheinlich werden die Anstellungen der künftigen Rinken schärfer sein als die der Rechten. Wenn um nur ein Stück mit dem Inkrafttreten dieser Verfassung ist die politische Rolle der A- und S-Räte ausgespielt. Hoffentlich ist sie es nicht nur auf dem Papier.

Anträge der Deutsch-Nationalen zum Verfassungsentwurf

Wetzlar, 9. Februar. (Eig. Drahtbericht.) Unserer in Sonderberichterstattung. Wie wir hören, beschließt die deutsch-nationale Fraktion die Einbringung folgenden Antrages: Die Nationalversammlung wolle beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen, alsbald und mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln darauf hinzuwirken, daß Eingriffe und Beschränkungen in die gesetzgebende, richterliche und vollziehende Gewalt unterbleiben, daß die gesetzlich verordneten Reichs-, Staats- und Gemeindebehörden wieder uneingeschränkt ihres Amtes walten können und der einzelne Bürger im Genuß der ihm durch Verfassung und Gesetz verbürgten Freiheit nicht mehr gehindert werde.

Zum Notgesetz haben die Deutsch-Nationalen einen Abänderungsantrag an den Reichstag und denselben eingebracht. Danach soll in § 1 nach „So wie“ eingefügt werden, „bis zur Verabschiedung der endgültigen Reichsverfassung“. Ferner soll dem § 1 ein Absatz 2 angefügt werden: „Was zum gleichen Zeitpunkt bedürftige Gesetze und Verordnungen, die nach der bisherigen Reichsverfassung ohne Zustimmung des Reichstages nicht rechtsgültig erlassen werden konnten, zu ihrer Gültigkeit der Zustimmung der Nationalversammlung.“ § 2 Absatz 3 soll folgendermaßen gefaßt werden: „Wern Gebietsstelle der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie sich dem Deutschen Reiche anschließen, erhalten sie das Recht der Teilnahme am Staatsauschuss mit einer dem Absatz 2 entsprechenden Stimmenzahl.“ Bis dahin nehmen sie mit beratender Stimme teil.

Die Anträge der Deutsch-Nationalen finden die Zustimmung der Deutschen Volkspartei, doch wird die letztere, falls sie abgelehnt werden, für den Verfassungsentwurf stimmen. Es ist wohl anzunehmen, daß die Deutsch-Nationalen dann ebenfalls für die Vorlage stimmen, ihren Standpunkt aber durch Abgabe eines Protestes aufrechterhalten werden. Insofern konnte in einer unerbittlichen Aussprache festgestellt werden, daß die Regierung diesen Anträgen nicht unbedingt ablehnend gegenübersteht.

Demission der Sozialisierungskommission?

X. Berlin, 9. Februar. (Drahtbericht.) Unserer Berliner Schriftleitung. Nach dem „Vorwärts“ verlautet glaubhaft, daß die Sozialisierungskommission ihre Mandate der Regierung zur Verfügung gestellt hat. Die Sozialisierungskommission ist eine wissenschaftliche Vorbereitungskommission, die Vorschläge zur Sozialisierung auszuarbeiten hatte.

Der Volksbund zum Schutz der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen hat heute in Berlin im Zirkus Busch und in der Folge zur Verhängung seiner Ziele Versammlungen veranstaltet, die überaus stark besucht waren. Gleiche Versammlungen fanden in allen Teilen Deutschlands statt. In den Versammlungen wurden Entschlüsse gefaßt, die dagegen protestieren, daß nach Mitteilung der französischen Presse beabsichtigt ist, die deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen auf ungewisse Zeit von ihrer Heimat fernzuhalten. Die beiden in Spa weilenden Vertreter des Volksbundes zum Schutz der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen haben ihre Wünsche in zwei Denkschriften niedergelegt und gleichzeitig eine Protestnote gegen die Zurückhaltung der deutschen Kriegsgefangenen abgegeben.

Eine antibolschewistische Liga ist in Berlin gegründet worden. Sie veröffentlicht einen Aufruf an alle Parteien, Stände und Stämme des Deutschen Reichs zum Zusammenstoß zur Schaffung einer Volksbewegung zum Schutze der deutschen und europäischen Kultur. Der Aufruf des Offens soll der deutsche Staat der sozialen und kulturellen Erneuerung entgegenstellen werden. Der Aufruf ist u. a. unterzeichnet von Ernst Troelsch, Maximilian Pfeiffer, Adolf Orabonko, Graf Bernstorff und Friedrich Kasemann.

Die Kriegsgefangenenfrage auf der Sozialistenkonferenz

Wern, 9. Februar. (Eig. Drahtbericht.) Für Sonnabend war eine Versammlung des Sozialistenkongresses angesetzt, da eine große Anzahl der Delegierten am Montag bereits wieder abreisen will, und demnach die Konferenzarbeiten unbedingt am Montag abgeschlossen werden müssen. Die deutschen Delegierten brachten eine Resolution ein und überreichten eine von den Mehrheitssozialisten unterzeichnete Denkschrift, in der von der Konferenz die Abgabe einer Erklärung gefordert wird, daß kein Angehöriger eines anderen Staates aus dem Grunde von der Rückkehr in die Heimat zurückgehalten werden dürfe, weil er als Zivilinternierter oder als Kriegsgefangener in die Gewalt eines anderen Staates kam. Die Konferenz protestierte gegen die von den Militären in Frankreich geforderte gewalttätige Zurückhaltung von Hunderttausenden von Gefangenen, die man im großen Wert nur bei barbarischen Staaten gekauft habe.

Die Denkschrift der deutschen Delegierten verlangt ferner von der Konferenz eine Entschärfung über die Lösung der Aufgabe der deutschen Kriegsgefangenen und stellt folgende Forderungen auf: 1. Wegnahme der Beschränkung des Postverkehrs mit der Heimat. 2. Die allen gefangenen Soldaten muß gleich sein der des heimischen Heeres. Bei schwerer Arbeit oder Mangel muß eine entsprechende Kompensation erfolgen. 3. Vergütung für die geleistete Arbeit nach den für diese Arbeit in jedem Staate geltenden Lohnsätzen unter Abrechnung der Kosten für Ernährung, Bekleidung und Unterkunft. 4. Gewährung der Arbeiterkassen durch Heimerhaltung der Arbeiterkassen durch heimische Schwereindustrie. Verbot von gefangenen Soldaten Arbeit. 5. Innehaltung der Sozialrechte, gleichmäßige Durchführung eines jährlichen Arbeitslohn, pflanzliche Verbesserung gegen Krankheit und Tod. 6. Den Gefangenen a. b. f. sind die nichterwerblichen, muß größere Bewegungsfreiheit gewährt werden. 7. Förderung jeder geistigen Betätigung und Erholung, besonders durch Einrichtung von Forträgen, Theater, Musik- und Kunstausstellungen. 8. Förderung der geistigen Betätigung und Erholung der Gefangenen durch die Heimerhaltung der Gefangenen. 9. Abhaltung des Jahreskongresses der Gefangenen. 10. Unbegrenzte Wiedereinnahme des unterbrochenen Austausches. 11. Sammelhaftung der Schwerverkranken, Vermundeten und der sonst verletzlichen sonstigen Klassen von Kriegsgefangenen (Menschen, Familienmitglieder, Angehörige). 12. Für die zurückgebliebenen Kriegsgefangenen Wiedereinrichtung des Heimerückens. 13. Weiterer Aufruf, daß ebenso wie nach Rücksicht des deutsch-russischen Wasserstillstandes neutrale und russische Kommissionen zur Befreiung der russischen Gefangenen in Deutschland ernannt werden, die sofortige Abordnung von Kommissaren aus Frankreich und Belgien betreffende Kommissionen zur Befreiung der Franzosen und Belgier der deutschen Kriegsgefangenen ernannt werden. Eine ganz besondere Frage bilden die Zivilgefangenen. Ihre Zurückhaltung auch während des Krieges ist in jeder Hinsicht ungerechtfertigt, um so mehr, als Art. 3 des Waffenstillstandsvertrages die Freilassung der Zivilgefangenen ausdrücklich von ihrer Freilassung freisetzt. Diese Denkschrift ist unterzeichnet von Wolfenbuttel, Müller und Wels.

Bildung eines internationalen Exekutivkomitees

Wern, 9. Februar. (Eig. Drahtbericht.) Die Sonntagsversammlung vom 9. Februar wurde von Henderston eröffnet. Henderston erläuterte die Verfassung und das Zustandekommen des Arbeitergesetzes als Grund der Beschlässe der Gewerkschaftskonferenz von Leeds und Wern. Der Entwurf geht zur endgültigen Bearbeitung an die Kommission. Unter dem Vorbehalt, daß er unverändert bleibt, wird der Entwurf angenommen. Der Vorsitzende stellt nun die Erklärung über die Fortsetzung der Arbeiten der Wern-Konferenz zur Diskussion. Henderston hält die Abhaltung einer neuen Konferenz für nötig. Er befragte den Antrag auf Wiederherstellung der Internationalen unter Einbeziehung der deutschen und österreichischen Gewerkschaften. Mit einem Hinweis auf den Erfolg der Konferenz in großer Erregung auf und drohte die Konferenz zu verlassen. Er befragte sich dabei auf Wilson, der im jetzigen Augenblick ein Zusammenarbeiten mit den Feinden ablehne. Henderston beharrte aber seine Räte. Er erinnerte Wilson an den Namen der Prinzipien Wilsons schon seit 1915, als gewisse Parteien, die er nicht nennen wollte, von Wilson nichts wissen wollten und in Verleugnung ihrer sozialistischen Vergangenheit im Strome des Chauvinismus schwammen. Die Konferenz spendete dieser Antwort Beifall. Die erste Sitzung des internationalen Exekutivkomitees ist auf Montag, 10. Februar, festgesetzt worden. Die von der englischen Delegation vorgelegene Resolution lautet:

Die Konferenz beschließt, ihre Arbeiten fortzusetzen, um dadurch der Arbeiter- und Sozialistenbewegung in allen vorkommenden Ländern den größten Nachdruck bei den Pariser Verhandlungen zu ermöglichen. Sie gibt zu, daß der Krieg Mißverständnisse und schwerwiegende Meinungsverschiedenheiten geschaffen hat, sie hofft aber die Hoffnung, daß sich die Arbeiterklasse bald unter dem Einfluß der Internationalen wieder vereine. Eine Kommission, bestehend aus je 2 Vertretern aller zur Internationalen gehörenden Landesorganisationen wird mit Exekutivbefugnissen ausgestattet, um die Durchführung der Resolutionen dieser Konferenz zu überwachen. Eine jährliche Exekutive soll aus den Gewerkschaften, Henderston und Henderston gebildet werden, welche die Kompetenz haben soll, die Internationalen Konferenz, sofern die Beschlässe der Pariser Konferenz es notwendig erscheinen lassen, einzuberufen. Dieses permanente Bureau hat die Aufgabe, die neuen Konferenzen vorzubereiten und alles zu unternehmen, um in kürzester Zeit die Wiederherstellung der Internationalen zu verwirklichen.

Vor dem Abschluß der Völkerbundsverhandlungen

Wern, 9. Februar. (Eig. Drahtbericht.) Präsident Wilson will nächsten Donnerstag von Paris nach Nordamerika abreisen. Man rechnet in Paris damit, daß die Statuten des Völkerbundes in den nächsten Tagen vollkommen ausgearbeitet sind und noch vor der Abreise Wilsons in offizieller Sitzung bekanntgegeben werden. Diese Statuten beziehen sich wie französische Verfassungen betonen, zunächst nur auf die innere Organisation des Völkerbundes und betreffen vorläufig ausschließlich den Verein der bereits alliierten Völker. Die englische Regierung hat sich vorbehalten, den Statutenentwurf dem Parlament zu unterbreiten und ihre endgültige Zustimmung davon abhängig zu machen. Auch ist man es für wahrscheinlich, daß Wilson wenigstens den Senat der Vereinigten Staaten um seine Zustimmung ersuchen wird. Erst wenn der Verein der alliierten Völker in aller Form gegründet ist, kann der Anschlag Deutschlands diskutiert werden, und damit auch die Anwendung der dem Bund zur Grundlage dienenden völkerrechtlichen Grundzüge bei dem allgemeinen Friedensvertrag. Da Wilson erst Ende März nach Paris zurückkehrt, ist diese Diskussion also bis dahin vertagt. Vor Wilsons Abreise darf aber noch bestimmte Beschlässe über die Verhandlungen mit Rußland gefaßt werden. Von dem zum 15. Februar nach der Prinzipienformulierung russischen Lokalregierungen hat bisher nur die bolschewistische Regierung Lenins aus Moskau Zustimmung geäußert. Die anderen antibolschewistischen Regierungen haben das Zusammenkommen mit den Vertretern Lenins abgelehnt.

Die Pariser Konferenz bereitet gegenwärtig Erleichterungen der Blockade vor, um dann der neutralen Staaten; doch ist, wie der französische Botschaftsattaché in London dem Pressevertreter mitteilte, bereits beschloßen, jede Weitergabe von Rohstoffen an Deutschland unmöglich zu machen.

Kundgebung für unsere Kriegsgefangenen

In einer Protestversammlung in der Albertstraße des Krillplatzes hatte die Vereinigung zum Schutze der Kriegsgefangenen Leipzig in Gemeinschaft mit der Nachrichtenstelle für Verluste im Felde, Musikantenteile vom Roten Kreuz und Zweigverein vom Roten Kreuz die Leipziger Bürgererschaft eingeladen. Der Vorsitzende der ergebnen Vereinigung, Rechtsanwalt Dr. Riemer, eröffnete die äußerst stark besetzte Versammlung mit der nachmaligen Forderung, jetzt und künftig für unsere Gefangenen einzutreten. Er gebot die in besonderer der wertvollen Demissionen des Staatssekretärs Erzberger, der aller Deutschen Dank verdiente Oberregierungsrat Dr.

Diedrich von der Nachrichtenstelle für Verluste im Felde sprach im ähnlichen Sinne und wies auf die Unbestimmtheit des Roten Kreuzes auf diesen und nachgelagerten Gebieten hin. Den Hauptort des Tages hielt Professor Pfarrer D. Krause an. - Straßburg. Dieser begrüßte insbesondere, daß das deutsche Volk sich in seiner Gesamtheit hinter die Bestrebungen der Zentralen einig und dem Volksbundes in Berlin gestellt hat. Groß wären die Leiden unserer Gefangenen während in Handeshand, die hinter Stacheldrahtverbau und in Barackenlagern nach jahrelanger Aneignung die Heimkehr zu Weib und Kind erleben. Ein Schrei der Empörung müßte deshalb im ganzen deutschen Volke aufklingen, um die Herausgabe unserer Kriegs- und Zivilgefangenen zu erzwingen. Allgemeiner Beifall folgte dem aus eigener Erregung gemachten Ausführungen des Redners. Hierauf erging Ministerpräsident Lohs das Wort zu einer eingehenden Schilderung seiner vierjährigen Leidenszeit in englischer Gefangenschaft. Unter lebhafter Zustimmung der Versammlung wurde die Absendung nachstehender Depeschen befohlen:

1. An die Reichsregierung.
 2. An die Nationalversammlung.
- Die heute in Leipzig tagende dreitausendköpfige Versammlung von Angehörigen deutscher Kriegs- und Zivilgefangenen fordert von der Reichsregierung und dem Parlament die Nationalversammlung:
- a) sofortige Heimkehr unserer Kriegs- und Zivilgefangenen durchzusetzen. Diese 4 Millionen deutscher Männer haben für uns gekämpft und gebüht. Sie haben jetzt körperlich, geistig und seelisch vor dem Zusammenbruch.
 - b) Offenhalten ihrer inneren Stellen in der Heimat wie bei den eingekerkerten Kriegs- und Zivilgefangenen bzw. Rückzahlung ihrer Geldgehälter für die Zeit der Gefangenschaft zu veranlassen.
- Die Versammlung fordert weiter in einem Appell an alle Deutschen — ohne Unterschied der Partei — auf, überall dieselben Beschlässe zu fassen. Sie bittet deshalb alle Zeitungen und Zeitschriften um würdigen Ausdruck dieser Beschlässe zum Besten unserer deutschen Gefangenen.

- Weitere Depeschen wurden abgefaßt:
1. an die Reichszentrale der Kriegs- und Zivilgefangenen, Berlin.
 2. an Staatssekretär Erzberger, kurzzeit Weimar.
 3. an den Sozialistischen Gewerkschaftskongress Wern.

Die heute in Leipzig tagende dreitausendköpfige Versammlung von Angehörigen deutscher Kriegs- und Zivilgefangenen erhebt stammenden Protest dagegen, daß nach Mitteilung der französischen Presse beabsichtigt ist, entgegen allen Forderungen der Menschlichkeit, die deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen auf ungewisse Zeit von ihrer Heimat fernzuhalten und sie entgegen den Bestimmungen des Völkerbundes in längerer Fronarbeit schwächen zu lassen. Eingedenk unserer Verdienste der Muttreue und der Dankbarkeit gegen unsere Väter, die für uns alle gekämpft und in jahrelanger Anstrengung gekämpft haben, fordern wir, daß der qualvollen Ungewissheit ihres Schicksals wie der Verweigerung der Friedensverhandlungen ein Ende gemacht wird. Am 17. Februar wird der Waffenstillstand erneuert. Wir verlangen von unseren Unterhändlern, daß sie in erster Linie die Frage der sofortigen Herausgabe der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen zu einer verbindlichen Lösung bringen und die Verhandlungen über weitere Punkte hieron abhängig machen.

Die abgefaßten Depeschen fanden die angelegte Zustimmung der sämtlich bewegten Versammlung. Mit einem kurzen Schlußwort beendete der Vorsitzende die eindrucksvolle Versammlung.

Kunst und Wissenschaft Joh's „Ch'alisches Szenarium“

Unser Münchner Mitarbeiter schreibt uns: Ein schönes, reiches Leben wurde Hans Joh' zu Teil: Junge Menschen, Studenten, Studentinnen und einige Berufsleute hatten sich in München versammelt, in den Kammern eines feinen exklusiven Szenarium „Der junge Mensch“ in einmaliger Ausführung auf die Bühne zu bringen. Der schwelende Lust der Schule, gewollt von verständnisvollen Professoren, führt der junge Mensch ins Leben, gesund und fröhlich, im Bewußtsein nach unbedingtem Jungsein. Er wählt im Leben, ringt mit den Problemen der Entscheidungen und ist verzweifelt, an sich und den Menschen zu verzweifeln. Aber kein Kampf wird ihm Sieg, keine Einsicht, keine Weisheit. Er ist in der Tat fahrig. Die quälende Bedrückung jugendlicher Erregung ist ihm auf zu klarer Erkenntnis. Aus dem Zweifel an den Dingen erwacht ihm der starke Wille des Schaffenden. Die neun Stationen auf dem Lebenswege des jungen Menschen sind nicht in bewusstem Stil zu einem in sich geschlossenen Drama gefügt, nicht Ausdruck gleichmäßig fließender Entwicklung, sondern sie sind exklusiv ausgegossen im Augenblick des Erlebens als notwendiges Erkenntnis einer jungen, ringenden Seele, ungelöst in ihrer nächsten Urprägnanz. Alle Erlebnisse um den jungen Menschen sind wertvolle Gebilde aus der Welt des einen, freien Schicksals gestaltet wurde. Wie sie alle in der Dichtung stehen, nicht angesetzt als gewollte Karikaturen, die dumpf leidenden Schüler, die ausdauernden Lehrer, die Freunde und andere Weggenossen, typenhaft und doch ohne bewusste Verzerrung, schwingt in ihnen allen der gleiche bewegte Rhythmus, wie er in der Gestalt des Lebens liegt. Manches Heuchlerische an ihnen erinnert an Menschen von Strindberg oder Wedekind, aber ihr Wesentliches ist ihnen eigen.

Das Mitterleben begeisterter junger Leute gab der Aufführung eine besondere feierliche Stimmung. Karl August Kroh hatte es verstanden, im Rahmen der Stilhöhe eine geschickte Lösung der nicht leichten menschlichen Aufgaben zu schaffen. Unter den Darstellern ragten besonders zwei Mitglieder des Nationaltheaters hervor: Bert Wenzel, der für den Jungen Menschen die notwendige körperlische Jugendlichkeit besaß, und A. Chr. Delcroix, der den gequälten ringenden Freund Pfeifer vorzüglich zu charakterisieren verstand.

Reines Theater. (Der fliegende Holländer.)

Enden gab erftmalig die Rolle der Senta. Eine der schönsten Idealgestalten des Meisters, sich die Äußere Erscheinung Jugendlichkeit vermitteln; auch war der sehr dunkle Top unseres Trachtens alles andere als glücklich gewählt. Auch einer so bewachten Künstlerin wie dieser, nicht die Natur der ertlich Grenzen, aber die weber ausgeprochenes Talent, noch glühender Ergeißel hinwegstellen können. Der wohl tragbare wenig durchschlagfähige Gepron eignet sich hier nicht; z. B. in der Waldbühne, im Quert und in der Schiffszene erwartet der Hörer mit gutem Recht weit verführerischeres Mittel aus großem Stimmfonds und besonders auch wirkliche stimmliche Größe, die imponiert, u. a. in der Reife und unteren Mittelstufe Fülle und Charakter aufweist. Wäre Senta, als Oktavian und Salome vorbildlich, interessanter hier wider Erwarten nicht; ihre Darstellung war vorbildlich schön und einträglich. Es ist eben eine alte Wahrheit, daß nicht alle alles können. Und sollen's im Grunde auch nicht. Die allmähliche Aufhebung der Rollenenteilung in „Fächer“ mag bis zu gewissem Grade im Schauspiel sein. In der Oper wird sie sich nur zu oft rächen und im gegebenen Umfang und Limbre des Gefangensorgans ihre natürlichen Gegner finden. E. S.

Aufführung einer Komödie. Aus Bremen wird uns geschrieben: „Kud'nappe“, Komödie in vier Aufzügen von Georg Müller-Penn (Dresden) gelangte im Deutschen Theater zur Aufführung. Als dramatische Handlung betrachtet, ist das Stück unbedeutend. Es handelt sich um einen Streit zwischen der Inhaberin eines Gasthofes und dem Ehemann ihres Konkurrenten, der mit einer Verlobung seinen Abschluß findet. Das Interesse an der kleindürgerlichen Töpen und die Schilderung des behaglichen Spielertums mit seinen kleinsten Sorgen und Streitigkeiten, die eine Reihe sehr humorvoll und sorgfältig realistisch gezeichnete Gestalten auf die Bühne führt. Das von Spielleiter Maier lebhaft inszenierte Werk fand sehr viel Beifall und Beifall.

Die Generalversammlung des Deutschen Bühnenvereins, die, wie wir mitgeteilt haben, am 12. Februar in Berlin stattfinden sollte, ist auf unbestimmte Zeit verschoben worden. Eine große Anzahl von Mitgliedern hat dem Präsidium telegraphisch mitgeteilt, daß sie sich bei den letzten, höchst schwierigen Verkehrsverhältnissen außerstande sehen, zu dem genannten Termine in Berlin einzutreffen. Wie das V. T. berichtet, wird die Versammlung erst Ende März stattfinden können.

Ämliche Bekanntmachung

W. K. I., 58 b. In der heutigen öffentlichen Sitzung des Wahlprüfungsausschusses für den 2. Wahlkreis (Leipzig) ist festgestellt worden, daß im 2. Wahlkreis neben

Table with 2 columns: Name and Stimmzahl. Lists candidates like Dr. Lange, Pöhlitz, and others with their respective vote counts.

abgegeben worden sind. Demgemäß sind dem Wahlprüfungsbeschlusse die Stimmen der Wahlberechtigten im 2. Wahlkreis zugewiesen worden.

- List of candidates for the 2nd electoral district, including names like Richard Pöhlitz, Ernst Pöhlitz, and others.

- List of candidates for the 2nd electoral district, including names like Hermann Liebmann, Alexander Langner, and others.

Der Wahlprüfungsausschuss, 10. Febr. 1919.

Familien-Nachrichten

Die Verlobung ihrer jüngsten Tochter Elise Marianne mit Herrn Oberleutnant Walter Hohmann...

Am Mittwoch nachmittag verschied mein Prokurist Herr Wilhelm Schurig nach längerem schweren Leiden.

Entgehendes Zinrangegeschäft gesucht. Offerten unter C. G. an die Expedition des Leipziger Tageblattes erbeten.

In der zweiten Stunde des Sonntagmorgens entlich sanft, nach kurzem Leiden, unsere liebe, herzensgute Mutter Frau Selma verw. Hofmann geb. Seyditz.

Am Mittwoch nachmittag verschied unser langjähriger Prokurist Herr Wilhelm Schurig nach längerem schweren Leiden.

Gold u. Silber. Gebt Piano od. Flügel zu Kauf od. Verkauft. Preis an Mühsal.

Nehme meine Praxis wieder auf. Dr. med. Walther Freytag, Leipzig, Gohlis, Reichstraße 4.

Heute morgen nahm Gott meine gute, getreue Schwester Paula, unsere liebe Schwester, Schwägerin, Tante, Großtante und Cousine Fräulein Paula Kresse.

Herrenkleider, Nachlässe. Die höchsten Preise. Kommt ins Haus, auch auswärtig.

Zahn-Praxis Zeltzer St. 7. Zahnärztliche Behandlung. Spezialkuren nach 30jähriger Erfahrung.

Rechtsanwalt Dr. Alfred Kresso zugleich im Namen von Frau Gertrud verw. Kresse und Walther Kresse und Frau.

Scharin, 450, ach, Reichspackung. Die Expedition des Leipziger Tageblattes erbeten.

Handels-Nachrichten. Erhöhung der Schweißisenpreise. Die Vereinigung Westdeutscher Puddelschweißisen-Walzwerke...

Danziger Hypothekerverein in Danzig. Nach dem Geschäftsbericht für 1918 erbrachten Hypothekenzinsen 1.034.481 (L. V. 1.069.129) M.

Thüringen und Provinz Sachsen. Defflich, 9. Februar. Eine von tausend Personen aus Defflich und Umgegend besuchte öffentliche Volksversammlung...

Schreibmaschinen. Reparaturen. Tel. 12980. Grimmlische Straße 24.

